

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Rat

An den Vorsitzenden des
Ausschusses Umwelt und Grün
Herrn
Rafael Christof Struwe

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 03.11.2016

AN/1806/2016

Änderungs- bzw. Zusatzantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Ausschuss für Umwelt und Grün	03.11.2016

Top 4.1 - Nutzungskonzept für Veranstaltungen im Rheinpark (0294/2016)

Sehr geehrter Herr Struwe,

die antragstellenden Fraktionen bitten Sie, folgenden Änderungsantrag zu Top 4.1 - Nutzungskonzept für Veranstaltungen im Rheinpark (0294/2016) auf die Tagesordnung der Ausschusssitzung am 03.11.2016 zu nehmen:

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt ersetzt:

1. Die Durchführung von Großveranstaltungen und Events im Rheinpark wird grundsätzlich ausgeschlossen und soll nicht gestattet werden. Lediglich im bisherigen Umfang genießen Großveranstaltungen und Events im Rheinpark Bestandsschutz.
2. Zur besseren Abgrenzung des vorgesehenen Bestandsschutzes wird die Verwaltung beauftragt, die Veranstaltungen des letzten sowie des laufenden Jahres aufzulisten (z. B. nach Art, Größe, Thema, Veranstalter) und dem Ausschuss Anfang 2017 hierüber zu berichten.

Begründung:

Der Rheinpark ist Landschaftsschutzgebiet und steht seit 1989 unter Denkmalschutz. Er dient Einwohnerinnen und Einwohnern und sonstigen Besucherinnen und Besuchern zur aktiven und stillen sowie entgeltfreien Erholung. Die Bestimmungen des Landschafts- und Denkmalschutzes sind Grundlage jeglicher Nutzung. Der Rheinpark ist primär kein Veranstaltungsort oder eine Location für besondere Events. Dafür stehen in der Stadt Köln andere Orte und Institutionen zur Verfügung.

Lediglich im bisherigen Umfang soll der Rheinpark auch für Großveranstaltungen und Events genutzt werden können, die keinen kommerziellen Charakter haben, nicht der Gewinnerzie-

lungsabsicht bzw. der Werbung für Produkte und Unternehmen dienen, außer wenn sie einen besonderen Bezug zum Thema „Garten“ haben oder zu den öffentlichen Aufgaben der Daseinsvorsorge zählen. Um dies sicher zu stellen, wird die Verwaltung beauftragt, dem Ausschuss Anfang 2017 über die Nutzungen in den Jahren 2015 und 2016 zu berichten.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Niklas Kienitz
CDU-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Jörg Frank
Grüne-Fraktionsgeschäftsführer